

Der 20. Juli 1944 – Erinnerung und Auftrag Karl Dietrich Bracher

Rede von Prof. Dr. Karl Dietrich Bracher vom 19. Juli 1994, gehalten beim Festakt des Landes Baden-Württemberg im Neuen Schloß in Stuttgart zur 50. Wiederkehr des 20. Juli 1944.

Als am 6. Juni des 50. Jahrestages der alliierten Landung in Frankreich gedacht wurde, Auftakt zur Befreiung Europas vom Joch der Hitler-Diktatur, war Deutschland, der damalige Unterdrücker Europas, noch einmal mit der schlimmsten Zeit und schwersten Last seiner Geschichte konfrontiert. Doch es bleibt auch daran zu erinnern, dass zu derselben Zeit eine deutsche Widerstandsbewegung ihren letzten verzweifelten Versuch unternahm, die totalitäre Diktatur Hitlers zu stürzen und den Krieg zu beenden. Tragisch gescheitert am 20. Juli 1944, hat dieser mutige Versuch deutscher Selbstbefreiung dann doch dazu beigetragen, dass der Mehrheit der Deutschen nach 1945 die Teilnahme am Aufbau eines freien geeinten Europa ermöglicht worden ist.

Die Ereignisse um den 20. Juli 1944 stehen für die Leidensgeschichte eines deutschen Widerstands, über dem das Urteil des „Zu spät“ und „Vergeblich“, ja auch der infame Vorwurf des „Verrats“ hängt.

Aber das Scheitern auch der letzten verzweifelten Aktion, durch die der Diktator gestürzt und der Krieg beendet werden sollte, kann nicht das endgültige Verdikt der Geschichte sein. Die wahrhaft historische Bedeutung des 20. Juli liegt vielmehr darin, dass er die Existenz einer politischen und moralischen Opposition inmitten der Diktatur dokumentiert, die von 1933 bis 1945 die Masse der Deutschen irreführte und einen Großteil Europas beherrschte.

Das Wort Henning von Tresckows an Stauffenberg vor seinem Freitod am Tage danach macht diese moralische Bedeutung des 20. Juli deutlich: „Denn es kommt nicht auf den praktischen Zweck an, sondern darauf, dass der deutsche Widerstand vor der Welt und vor der Geschichte den entscheidenden Wurf gewagt hat.“

An der historischen Würdigung dieser Tat entscheidet sich unsere Stellung nicht nur zur Erscheinung des Nationalsozialismus, sondern zur neueren deutschen Geschichte überhaupt. Die Opposition gegen das Hitler-Regime und ihr Scheitern bleibt auch unter den so veränderten Verhältnissen der Gegenwart ein Thema von unmittelbarer Aktualität, auch für das wiedervereinigte Deutschland, das nach den Einseitigkeiten kommunistischer Geschichtsideologie solcher historischer Orientierungsmarken besonders dringend bedarf.

Gleichzeitig stellt sich freilich mit aller Schärfe die Frage nach der Möglichkeit rechtzeitiger Abwehr der immer aufs neue drohenden Gefahren für Demokratie und Rechtsstaat. Der für ganz Europa so verhängnisvolle Einbruch des NS-Regimes war 1933 so bestürzend schnell und scheinbar unwiderstehlich geschehen, weil ihm nicht rechtzeitig klar und wirkungsvoll genug begegnet worden war, zuerst in Deutschland, und dann auch in der Appeasement-Politik des Auslands. Dafür gab es viele Gründe.

Es war ein Grundproblem von 1933 für die Weimarer Politiker und Parteien, dass allzu viele in der Beurteilung schwankten, wie weit sie die Nationalsozialisten durch Kollaboration steuern könnten und wann entschiedene Oppositionen unausweichlich war – wobei jedoch zu wenig daran gedacht wurde, ob diese dann überhaupt noch möglich sei.

Die Illusionen der Gewerkschaften, der Attentismus der SPD-Führung, die Selbstaufgabe der bürgerlichen Parteien, die unsichere Haltung des Militärs wie der Kirchen zum demokratischen Staat, und schließlich die Radikalität der Kommunisten gegenüber der SPD, die sie als „Sozialfaschismus“ diffamierten, solche schlimmen Fehleinschätzungen trugen auf je verschiedene

Weise zu dem Verhängnis von 1933 bei. Damit wurde der Augenblick verpasst, da noch von den alten Machtpositionen aus gegen die drohende Diktatur hätte operiert werden können.

Allzu lang glaubte man, Hitler werde bald abwirtschaften, und es gelte nur eine kurze Periode der Unterdrückung zu überstehen. Und doch zeugten die Zehntausende politischer Verfolgter und Gefangener in den KZ, die sogleich errichtet wurden, schon seit 1933 auch von der Standfestigkeit jener Deutschen, die sich früh gegen den Nationalsozialismus gewandt hatten. Zu den alten politischen Gegnern aus der Linken und der Mitte kamen bald auch enttäuschte Konservative, Einzelgänger aus dem Staatsapparat und der Wirtschaft, verstärkte sich Opposition aus den Kirchen; schließlich rückten 1938 und wieder seit 1941 Militärs in den Mittelpunkt oppositioneller Planungen und Aktionen.

Den entscheidenden Antrieb zur Durchbrechung des lähmenden und berauschenden Bannes, der sich über das gesamte Leben Deutschlands gelegt hatte, bildete wesentlich das verstörte Gewissen, das durch die Anschauung des gequälten Mitmenschen, der Verfolgung und des Terrors wach wurde. Es war die individuelle moralische Entscheidung, die über die Grenzen kollektiver Befangenheit hinweg Menschen verschiedenster Herkunft vom Mitmachen zum Widerstehen führte. Die Wendung mochte zuerst im persönlichen Bereich geschehen, angesichts der unmittelbar drängenden Aufgabe einer Hilfe für Entrechtete und Verfolgte. Ein nächster Schritt war der Kontakt mit Gleichgesinnten und die Aufklärung über das wirkliche Geschehen hinter den Propagandaklischees einer gleichgeschalteten Publizistik. Noch riskanter und nur von wenigen gewagt war endlich der Schritt zur politischen Konspiration, zur Organisation und Planung aktiver Opposition, zur Verbindung mit anderen Personen und Gruppierungen des Widerstands.

Doch die persönliche Entscheidung musste in furchtbarer Einsamkeit inmitten der Massensuggestion des Regimes getroffen werden. Sie bedeutet die ständige Belastung durch Misstrauen und Schweigen, die Gefährdung von Familie und

Freunden, die Isolierung von der großen Mehrheit des eigenen Volkes.

Ein solcher „Aufstand des Gewissens“, um das Wort von Annedore Leber zu zitieren, konnte sich nicht wie später die außerdeutschen Widerstandsbewegungen im besetzten Europa vom stolzen Bewusstsein nationaler Verpflichtung tragen lassen, stand vielmehr gegen den verführerisch missbrauchten Patriotismus im eigenen Land.

In den von Annedore Leber, Willi Brandt und mir herausgegebenen Bänden „Das Gewissen steht auf“ (1954) und „Das Gewissen entscheidet“ (1957) ist schon früh an exemplarischen Lebensbildern ermordeter Widerstandskämpfer aller politischen Richtungen dokumentiert worden, welche große politische und soziale Spannweite im Verlauf der Geschichte seit 1933 der tatsächliche Widerstand gegen Hitler gewonnen hat. Der kommunistische Alleinanspruch auf den allzu pauschal sogenannten „Antifaschismus“ bedeutet ebenso eine ideologische Anmaßung, wie der nationalsozialistische Anspruch auf den sogenannten „Antikommunismus“.

Sofern man den Nationalsozialismus nach Allerweltsgebrauch überhaupt unter den Faschismusbegriff fassen will, so verkennt man jedenfalls die moralisch-politische Dimension, wenn man den Widerstand nur als „antifaschistischen“ und nicht vor allem als einen antitotalitären versteht, der gegen rechts- wie linksdiktatorisches Unrecht gerichtet ist. Man denke an das selbstkritische Wort von George Orwell von 1944, Intellektuelle machten zu leicht den Fehler oder erlügen dem Irrtum, dass sie „antifaschistisch sein wollten, ohne antitotalitär zu sein“.

Vielmehr gilt hier: wer vom Faschismus redet, soll vom Totalitarismus nicht schweigen.

Nach seiner endgültigen Institutionalisierung war das Hitler-Regime ohne Beteiligung der bewaffneten Macht nicht mehr zu stürzen. Das rechtfertigt gewiß nicht eine Überbetonung des militärischen Widerstands, der in der ersten Hälfte des sogenannten „Dritten Reiches“ überhaupt fehlte und auch seit 1938 nur im Zusammenhang mit den zivilpolitischen Kräften der Opposition

gesehen werden kann. Und auch die These, nur aus den Kirchen sei eine größere Volksbewegung gegen den Nationalsozialismus hervorgegangen, geht ebenso über die Realität hinaus wie die Gegenbehauptung von einer kommunistischen Massenbewegung gegen Hitler. Kirchliche Opposition – höchst bedeutsam, doch vielfach schillernd – war gewiss ein Politikum, sie stieß aber nur in Einzelvertretern wie Dietrich Bonhoeffer, Alfred Delp oder Domprobst Lichtenberg über die Verteidigung eigener Positionen und Interessen hinaus zum politischen Widerstand selbst vor. Andererseits übersieht die beliebte Kritik an den Plänen der Liberalkonservativen um Carl Goerdeler oder an den Staatsentwürfen des Kreisauer Kreises um Moltke, dass ein Volksaufstand in keiner Phase des „Dritten Reiches“ möglich erschien, ein Umsturz von oben jedoch, wie er seit 1938 immer wieder geplant und zuletzt 1944 versucht wurde, partielle Kontakte mit Militär und Staatsapparat voraussetzte. Das warf freilich große moralische und politische Probleme auf.

Von einer einheitlichen Widerstandsbewegung kann zu keinem Zeitpunkt gesprochen werden. Doch war das Ausmaß innerdeutscher Opposition schon in der Vorkriegsperiode viel größer als die gelenkten Einheitsbekundungen nach außen erkennen ließen. Aus den geheimen Überwachungsakten der Gestapo ergibt sich ein durchaus anderes Bild.

Es war allerdings ein großer Schritt vom Nichtmitmachen, das unter totalitären Bedingungen schon ein Politikum darstellt, über das Nichtgehören bis zum aktiven Widerstehen. Tatsache bleibt, dass dieses zuerst von denen ausging, die den Terror des NS-Regimes „am frühesten und am stärksten zu spüren bekamen und von ihm zugleich als gefährlichste Gegner betrachtet wurden, nämlich von den Organisationen der Arbeiterbewegung“ (H. J. Reichardt). Weit verstreut und oft namenlos geschah die konspirative Aktivität linker Widerstandsgruppen unter totalitären Verhältnissen im Dunkel der Illegalität und Anonymität. Quellenmäßig schwer zu fassen, sind ihre Zeugnisse oft weniger aufschlussreich als die Dokumente

und Planungen bürgerlicher und konservativer Opposition. Zahllose Prozesse zumal der Anfangsjahre spiegeln zwar die Breite dieses „lautlosen Aufstandes“ wider, wie es Günter Weisenborn genannt hat, geben aber oft ein verzerrendes Bild, gemäß der Feindvorstellung nationalsozialistischer Rechtspolitik, und in vielen Fällen verlief die Verfolgung überhaupt jenseits der Justiz im Bereich des SS- und KZ-Staates.

Andererseits bleibt die Beurteilung des kommunistischen Widerstands bis heute ja ambivalent, da er im Namen einer anderen totalitären Ideologie und angesichts der gleichzeitigen brutalen Realität der Sowjetdiktatur geschah. Wie heute der Opfer aller totalitären Regime zu gedenken ist, so gewiss auch derer des innerdeutschen Widerstands von Kommunisten – doch nur, soweit es sich um die Opfer nationalsozialistischer Verfolgung und nicht um die künftigen Unterdrücker von Recht und Freiheit in Ostdeutschland und Osteuropa handelt. Diese kommunistischen „Gewalthaber“ wurden dann ja zu Verrätern an der Sache des Widerstands gegen Hitler, dem Kampf für Recht und Freiheit. Ich finde, das ist bei der heutigen Diskussion zu beachten.

Bürgerlicher Widerstand entfaltete sich vor allem an drei Stellen: im partiellen Widerstehen der Kirchen gegen die ideologische Gleichschaltung; in den wachsenden Bedenken liberaler wie konservativer Kreise gegen die brutale Wirklichkeit der NS-Herrschaft; und 3. schließlich in jener Kritik desillusionierter Militärs am Risiko- und Kriegskurs Hitlers, die in der Krisensituation des Sommers 1938 zum ersten Mal wirksam wurde und in den Kriegsjahren bis 1944 zu mehreren Putschversuchen geführt hat.

Kirchliche Opposition war aber, wie gesagt, nicht schon politischer Widerstand im strengeren Wortsinne, sofern sie nicht gegen die nationalsozialistische „Obrigkeit“, sondern nur auf Wahrung von Lehrfreiheit und Autonomie gerichtet war. Hier sind die Fronten im Laufe der Zeit vielfach verwischt, sind mannigfache Kompromisse und Konzessionen an das NS-Regime gemacht worden, selbst im Bereich der sog. „Bekennenden Kirche“ wie auch im etwas weniger anfälligen Katholizismus. Es zeigte sich

nicht zuletzt an der zwiespältigen Haltung in der Judenfrage. Die Kritik am sog. „Arierparagraphen“ hinderte kaum die Fortdauer eines traditionellen Antisemitismus; dem Einspruch gegen die mörderische Euthanasiepolitik von 1939/40 folgte kein entsprechender Protest der Kirchen gegen die zunehmend unmenschliche Judenpolitik bis hin zum Holocaust. Ohne hörbaren christlichen Einspruch brannten die Synagogen schon 1938. Die Gegenwirkung blieb damals auf Einzelaktionen, wie den mutigen Attentatsversuch des Schreiners Georg Elser (1939) oder bemerkenswerte Hilfsmaßnahmen für Verfolgte beschränkt. Kirchliche Erklärungen von allgemeinem Gewicht sind selten gewagt worden. Ausnahmen waren die sog. „Widerstandssynode“ von Barmen (1934), einzelne Denkschriften, Kanzelabkündigungen, Hirtenbriefe, die Enzyklika „Von brennender Sorge“ (1937), sowie endlich die Erklärung der Preußischen Bekenntnissynode vom Oktober 1943 in Breslau, die offen dem NS-Staat das Recht zu seiner Vernichtungspolitik bestritt und wörtlich sagte: „Begriffe wie *ausmerzen*, *licinidieren* und *unwertes Leben* kennt die göttliche Ordnung nicht. Vernichtung von Menschen, lediglich weil sie Angehörige eines Verbrechers, alt oder geisteskrank sind oder einer fremden Rasse angehören, ist keine Führung des Schwertes, das der Obrigkeit gegeben ist“. Das gilt auch für „das Leben des Volkes Israel“ und für die Berufung auf einen Befehl: „Wir können uns nicht von Vorgesetzten die Verantwortung vor Gott abnehmen lassen“.

Aber nur einzelne haben schon frühzeitig die verhängnisvolle Entwicklung so klar erkannt wie der Theologe Dietrich Bonhoeffer, der bereits Anfang Juli 1939 seinen Verzicht auf ein Angebot in den USA und seine Rückkehr nach Deutschland in einem Brief an den großen amerikanischen Religionsphilosophen Reinhold Niebuhr folgendermaßen begründete: „Die Christen Deutschlands stehen vor der fürchterlichen Alternative, entweder in die Niederlage ihrer Nation einzuwilligen, damit die christliche Zivilisation weiterleben kann, oder in den Sieg einzuwilligen und dabei unsere Zivilisation zu zerstören. Ich weiß, welche dieser Alternativen ich zu wählen

habe; aber ich kann diese Wahl nicht treffen während ich mich in Sicherheit befinde“. Nach den Jahren im Widerstand schrieb Bonhoeffer dann 1943 aus der Gefängniszelle in Berlin an den Freund Eberhard Bethge: „Du musst wissen, dass ich noch keinen Augenblick meine Rückkehr 1939 bereut habe noch irgendetwas von dem, was dann folgte. Das geschah in voller Klarheit und mit bestem Gewissen. Ich will nichts von dem, was sich seit damals ereignet hat, aus meinem Leben streichen... Und dass ich jetzt sitze..., rechne ich auch zu dem Teilnehmen an dem Schicksal Deutschlands, zu dem ich entschlossen war“.

Auch bei vielen späteren Verschwörern des 20. Juli haben die christlichen Motive neben humanistischen Ideen, liberalen oder sozialistischen Demokratiegedanken und schließlich einer wachsenden Kritik an der barbarischen Judenverfolgung eine sehr wesentliche Rolle gespielt.

Bis zuletzt haben die Machthaber in der tatsächlichen oder potentiellen Resistenz der Kirchen, denen ja nominell noch über 90 Prozent der Bevölkerung angehörten, ein gravierendes Hindernis erblickt. Diese nach einem siegreichen Kriegsende definitiv zu beseitigen, gehörte zu den wichtigsten Zielen des Regimes.

Je geringer in der totalitären Diktatur die Möglichkeiten einer oppositionellen Volksbewegung waren, desto eher gewannen antitotalitäre Impulse aus dem keineswegs demokratisch geprägten Umkreis des Beamtentums und Militärs an Bedeutung. Bezeichnend dafür war die rastlose Aktivität, die Carl Goerdeler, der Leipziger Oberbürgermeister, zumal nach seinem demonstrativen Rücktritt aus Protest gegen die Beseitigung des Leipziger Mendelssohn-Denkmal 1936, als führender Kopf ziviler Oppositionsbestrebungen im Staats- und Verwaltungsapparat entfaltete, wo er wichtige Verbindungen knüpfte und Denkschriften entwarf; Goerdeler verstärkte bereits in den verhängnisvollen Vorkriegsjahren von 1937 bis 1939 die Kontakte mit britischen Wirtschaftskreisen nahe dem Foreign Office und warnte sie vor den Auswirkungen der Appeasement-Politik und einem kommenden Krieg Hitlers, „weil er mit großer Wahrscheinlichkeit die Zerstörung unserer

Zivilisation bedeuten würde. Wenn die Welt davor bewahrt werden soll, müssen die westlichen Demokratien wie nie zuvor mit größter Geschwindigkeit, Entschlossenheit und Festigkeit zusammenarbeiten.“

Und schließlich hat sich angesichts der zunehmenden Kriegsdrohungen Hitlers im Sommer 1938 eine erste deutsche Militäropposition um Generalstabschef Ludwig Beck geschart, die mit den Widerstandsplänen der anderen politischen Lager in Kontakt stand. Von SPD- und Gewerkschaftsführern bis in die höhere Beamtenschaft und in die halbzivilen Geheimdienste der Wehrmacht reichten die Verbindungen der Verschwörer, die im Augenblick des erwarteten militärpolitischen Konflikts um die Sudetenfrage die Änderung des Regimes erzwingen wollten. Ihr Zentrum gewann die aktive Konspiration in einem Kreis, der sich in der Abteilung „Abwehr“ im Oberkommando der Wehrmacht bildete. Hier war die Einsicht in die wirkliche Lage am schärfsten, und hier wirkten als treibende Kräfte der damalige Oberst Hans Oster und im weiteren dann der ehemalige Reichsgerichtsrat Hans von Dohnanyi. Kern der Planungen war die Verhaftung Hitlers, und zwar im Augenblick seines Befehls zum Kriegsbeginn und der dann erwarteten Kriegserklärung der Westmächte. Man rechnete damit, dass dies die Bevölkerung in Schrecken versetzen und dem Unternehmen einen breiteren Rückhalt geben würde.

Wenn der verbrecherische Katastrophenkurs Hitlers so offenbar wurde, würde eine Gehorsamsverweigerung trotz Obrigkeits- und Führerglaube nicht mehr als Sabotage oder Verrat am Vaterland gelten können.

Vor allem zwei schlimme Erfahrungen vom November 1918 suchten die Verschwörer von 1938 zu vermeiden: Einen möglichen Bürgerkrieg, dessen Ausgang angesichts der nationalsozialistischen Parteimacht ungewiss war, und eine Dolchstoßlegende, die eine künftige Neuordnung mit der Behauptung vergiften konnte, dass Armee und Opposition Hitler trotz seiner so großen nationalen Erfolge in den Rücken gefallen seien. Wie begründet diese Überlegungen waren, hat 6 Jahre später die so wirkungsvolle Diffamierung der

Aktion vom 20. Juli bewiesen, deren Gelingen doch nur einem längst verlorenen Krieg ein Ende gesetzt und vielen Millionen Menschen das Leben gerettet hätte.

Aber freilich: Hitlers viel bewunderter Erfolg auf der Münchener Konferenz vom 29. September 1938 mit dem Zurückweichen der Alliierten als Folge der verhängnisvollen Beschwichtigungspolitik, hat damals allen Staatsstreichplänen der Opposition den Boden entzogen. In den nächsten drei Jahren eilte der totalitäre Diktator von Erfolg zu Erfolg; sein gewaltiges Prestige machte eine Gegenaktion fast aussichtslos.

Der Krieg stellte die Opposition vor durchaus veränderten Bedingungen. Einerseits wurde es immer schwerer, Nationalsozialismus und Deutschland voneinander zu trennen: Der Appell an den Patriotismus wirkte stärker als die Bedenken gegen das Regime. Dazu kamen die im Krieg gesteigerte Reglementierung und allseitige Überwachung des Lebens. Andererseits verlangte der Krieg aber auch ein größeres Maß an Improvisation und Pragmatismus. So konnten nun zivile Gegner des Regimes in militärische Stellungen eingezogen werden, was in Einzelfällen auch für die Opposition nutzbar zu machen war; so unter dem Schirm von Admiral Canaris und Oberst Oster auch für Dohnanyis Schwager Dietrich Bonhoeffer.

In der Situation von 1939/40, vor der Ausweitung des Krieges, suchte diese Gruppe Kontakte mit den Alliierten zu stützen, hat Oster selbst auch einen letzten Beweis für die Ehrlichkeit der Opposition erbringen wollen, indem er die deutschen Termine für den Angriff sowohl auf Skandinavien wie auf Frankreich nach Holland gelangen ließ.

Dieser Versuch, der wie alle ausländischen Kontakte von Kritikern bis heute als „Landesverrat“ diffamiert und von einigen sogar zum Vorwand einer neuen Dolchstoßlegende gemacht worden ist – zeitweise leider auch in der Bundeswehr –, war Ausdruck der unbedingten Gegnerschaft Osters gegen das Regime und Zeichen seines Willens, alles für die Beendigung des Krieges und den Umsturz einzusetzen.

Die Überschreitung der Grenze zum Landesverrat, unter einer totalitären Diktatur ohne-

hin verwischt, rechtfertigte sich vor allem aus der Einsicht, dass Hitler im Begriff war, fünf neutrale Länder zu überfallen, denen er ausdrücklich ihre Unversehrtheit garantiert hatte: die Benelux-Staaten, Dänemark und Norwegen. Osters Tat war also politisch wie moralisch begründet: Nur zu gut war er über die bedenkenlosen Vorbereitungen der nationalsozialistischen Aggression unterrichtet. War nicht auch bei diesem ungewöhnlichen Schritt das Recht auf der Seite dessen, der mit allen verfügbaren Mitteln den Vertragsbruch und die Zerstörung des Rechts bekämpfte? Denn Landesverrat und Eidbruch können in einem Unrechtsstaat, der selbst seine Verpflichtungen gegenüber den eigenen Bürgern wie gegen die anderen Staaten bricht, nicht mehr gelten.

Osters Tat war aber auch der ganz konkrete und verzweifelte Versuch, das seit Kriegsbeginn erschütterte Ansehen des deutschen Widerstands im Ausland zu retten. Er ist gescheitert, weil die Warnungen bei den Westmächten nicht ernst genommen wurden und die militärische Effizienz der deutschen Operationen in unerwartet kurzer Zeit zum völligen Sieg im Westen führte.

Dieser erneute Triumph Hitlers im Triumph über Frankreich 1940, für allzu viele Deutsche Genugtuung für 1918, bezeichnete zugleich die tiefe Niederlage der Opposition. Nun begann ihre schwerste Prüfungszeit, sich im Rausch der siegreichen Diktatur zu behaupten. Die bisherigen Kontakte mit dem Westen und die Hoffnungen auf ein rasches Kriegsende und inneren Umsturz waren zerstört. Isoliert und ohne Aussicht, die Bevölkerung zu gewinnen, war der Opposition fast nur noch die moralische und rechtliche Position geblieben, war äußeren Erfolgserwägungen der Boden entzogen. Umso bemerkenswerter ist aber das Maß an Kontinuität und Wagemut, mit dem Widerstand über die Kriegsjahre erhalten und ausgebaut wurde.

Diese Tatsache steht klar den bis heute fortwährenden Behauptungen entgegen, nur die Angst vor der Niederlage und zuletzt eine Art Torchlusspanik habe den Widerstand in Deutschland angetrieben. Das traf gewiss nicht für jene zu, die in der Zeit der größten Erfolge des sog. „Dritten

Reiches“ die Last des lebensgefährlichen Kampfes gegen ein scheinbar unüberwindliches Regime trugen. Noch dringender als vor dem Krieg war nach dem Scheitern aller bisherigen Versuche, das Regime zu ändern, ein grundlegendes Umdenken geboten, und das erfolgte in diesen Jahren besonders mit den Arbeiten und Diskussionen des sog. „Kreisauer Kreises“ um den Grafen Moltke, mit den Hauptforderungen: Bruch mit dem Nationalismus, Fortschritt zu einem europäischen Internationalismus, in dem die französische Hegemonie von Versailles wie der alte und neue deutsche Hegemonialismus überwunden werden, und deutsch-französische wie deutsch-polnische Verständigung anstelle einer Durchsetzung umstrittener Gebietsansprüche.

Diese Gedanken brachten besonders Sozialdemokraten wie Leber, Haubach und Reichwein ein. Lebers grundlegende Forderung an künftige Außenpolitik war seit je gewesen, dass die Prinzipien wirtschaftlicher Zusammenarbeit und demokratischer Innenpolitik auch die zwischenstaatlichen Beziehungen bestimmen sollten. Und Moltke und seine Freunde sprachen nun, und zwar in bewusster Distanz zu national- und machtsstaatlichen Denktraditionen, von einer Europäisierung des Denkens und von einer Wandlung des Staatsbegriffes, der nicht länger Selbstzweck sein dürfe.

Der zukunftsweisende Gedanke an übernationale, föderalistische Lösungen entzündete sich vor allem an der Problematik der ostdeutsch-osteuropäischen Nationalitätenpolitik: Moltke selbst hatte sich früh mit Minderheitenfragen beschäftigt, und das war der gemeinsame Grund, auf dem die Zusammenarbeit mit internationalistischen Denkformen, etwa der Sozialisten, möglich sein würde. In mancher Hinsicht ist Moltke noch weitergegangen, bis zu dem utopisch erscheinenden Gedanken an eine Auflösung Deutschlands und Europas in kleinere Selbstverwaltungskörper. Ein solcher Radikalföderalismus, der die Souveränität einem europäischen Gesamtstaat vorbehielt, bedeutete einen revolutionären Bruch mit den Denkgewohnheiten des 19. und 20. Jahrhunderts, die ja den Kampf gegen den „Partikularismus“ und für den

nationalen Einheitsstaat zum höchsten Gesetz erhoben hatten.

Freilich: Das eigentliche Problem blieb der Umsturz selbst: Die Beseitigung des Regimes, Beendigung des Krieges, Wiederherstellung von Recht und Freiheit. Das war auch die konsequente Position eines Dietrich Bonhoeffer, der schon 1942 im Handeln des Widerstands einen „Akt der Buße“ sah und wie Leber und Moltke die bedingungslose Kapitulation für unvermeidbar hielt. In diesem Sinne ging Moltke über die Vorstellungen anderer Kreisauer hinaus und erachtete Ende 1943 „eine unbezweifelbare militärische Niederlage und Besetzung Deutschlands aus moralischen und politischen Gründen für absolut notwendig“.

Diese Einsicht bestimmte auch die Aufrufe, mit denen 1942/43 die Studenten des Widerstandskreises „Weiße Rose“ in Flugblättern das politische Versagen der deutschen Bildungsschicht anprangerten und „zur Abrechnung mit der verabscheuungswürdigsten Tyrannei“ aufforderten; eine solche Ablehnung, die sie mit dem Leben bezahlten, blieb einsam und verfemt, auch an den meisten Stätten der Wissenschaft.

Vor allem die nationalsozialistische Kriegsführung, ihre grausame Verfolgungs-, Besatzungs- und Judenpolitik, hat nun aber eine Anzahl jüngerer Offiziere veranlasst, sich entschiedener als die traditionsgehemmten Generale den seit 1940 stagnierenden Widerstandsgruppen anzuschließen. In dieser neuen Phase der Umsturzbewegung wurde Oberst Claus Schenk Graf von Stauffenberg, der brillante Generalstäbler, allmählich zum schärfsten Gegner Hitlers, unterstützt von seinem älteren Bruder Berthold, der als Völkerrechtler wie Moltke das Ausmaß der nationalsozialistischen Untaten überblickte.

Über den Bereich der militärischen und konservativen Fronde hinaus suchte Stauffenberg zugleich auch die Verbindung mit der aktiven Linken, vor allem mit Julius Leber. Im Unterschied zu theologischen, bürokratischen und militärischen Legalisten und Obrigkeitssideologen bejahte er unter Berufung auf ältere Traditionen des Widerstandsrechts entschieden das Recht zum Tyrannenmord und zum Eidbruch gegen

willkürliche Unrechtsherrschaft, nahm den Vorwurf des Verrats bewusst auf sich. Jakob Kaiser sagte er (Stauffenberg): „Wir haben uns vor Gott und unserem Gewissen geprüft, es muss geschehen, denn dieser Mann (Hitler) ist das Böse an sich.“

Als Julius Leber dann bei einem von Spitzeln überwachten Kontakt mit Kommunisten am 5. Juli 1944 verhaftet wurde, ließ Stauffenberg Annedore Leber die Botschaft übermitteln: Wir sind uns unserer Pflicht bewusst (17. Juli 1944), und er hat nun die Opposition nach mehreren vergeblichen Attentatsversuchen durch seinen persönlichen Einsatz doch noch zur weithin sichtbaren Tat geführt.

Die dramatischen Ereignisse um das Attentat und das tragische Scheitern des Umsturzversuches am 20. Juli 1944 sind oft geschildert, auch im Film dargestellt worden. Die sofort einsetzende brutale Verfolgungs- und Hinrichtungswelle gegen alle Widerstandsgruppen und Mitwisser erreichte bald ein solches Ausmaß, dass die weitere Kriegsführung gefährdet erschien. Fast lückenlos erfasste die Sonderkommission der SS die Verdächtigen und führte sie unerbittlich ihrem Schicksal zu.

Die Prozesse und sofortigen Hinrichtungen wurden in Filmen festgehalten, die sich Hitler in kampfhaftem Selbstbestätigungsgefühl vorführen ließ; er verfolgte jedes Detail der täglichen Vernichtungsbefehle des Volksgerichtspräsidenten Freisler „unseres Wyschinskij“, wie Hitler im Blick auf die Moskauer Schauprozesse von 1937/38 sagte.

Die totalitären Bewegungen berühren sich.

Im Hinblick auf befürchtete Missstimmungen geschah freilich die weitere Ermordung zahlloser Verfolgter in diesen Endmonaten des Krieges ebenso unter Ausschluss der Öffentlichkeit wie die furchtbare Gefängnis- und Lagerhaft, in der Hunderttausende Tag für Tag auf den Tod warteten, und die Ermordung alter politischer Gegner, darunter auch des letzten demokratischen Staatspräsidenten Württembergs, Eugen Bolz.

Noch in den letzten Wochen und Tagen des Krieges sind viele dieser Eingekerkerten von SS-Kommandos nachts hinausgetrieben und durch Genickschuss getötet, erhängt und in Massen-

gräbern verscharrt worden. Viele namhafte Gefangene versuchte das Regime noch in seinen eigenen Zusammenbruch hineinzureißen. Es ließ in der Nacht zum 9. April 1945 im KZ Flossenbürg Canaris, Oster, Dietrich Bonhoeffer und andere durch die Gefängnisse und Lager Geschleppte erhängen.

Und unmittelbar im Angesicht der Befreiung wurden in der Nacht zum 23. April zum Tode Verurteilte aus dem Gefängnis Lehrter Straße in Berlin-Moabit unter Vorspiegelung der Verlegung von einem SS-Kommando in einem benachbarten Parkgelände durch Genickschuss ermordet (darunter Albrecht Haushofer, Friedrich Justus Perels, Hans John, Klaus Bonhoeffer und sein Schwager Rüdiger Schleicher). Kaum einer der Hauptbeteiligten des Umsturzversuches und nur wenige der Mitwisser haben das Gemetzel überlebt, mit dem das NS-Regime von der Bühne der Weltgeschichte abtrat.

Die volle Verantwortung des Nationalsozialismus für die endgültige Katastrophe konnte nicht durch eine neue Dolchstoßlegende verschleiert werden, wie sie Hitler und Himmler dem 20. Juli ja anzuhängen versuchten – und rechtsextreme Publizisten es bis heute tun.

In Wahrheit hätte ein Gelingen des Umsturzes noch vielen Millionen Menschen das Leben gerettet und riesige Zerstörungen in Europa und Deutschland verhindert. Im Endstadium des Krieges kostete die Verschleppung und Ermordung der Verfolgten sowie Hitlers „totaler Einsatz aller

deutschen Menschen“ die schwersten Verluste des ganzen Krieges überhaupt. Das ist also neben der moralischen zugleich die durchaus realistische Rechtfertigung der Tat vom 20. Juli auch zu dieser späten Stunde. Die Deutschen des Widerstands, die sich damals dem Sog der Verführung, des Opportunismus, der unkritischen Begeisterung für Macht und Erfolg entzogen haben, die schließlich angefochten und einsam Verfolgung und Tod auf sich nahmen, sie handelten als die wahren deutschen Patrioten und als verantwortliche Europäer zugleich, wenn sie sich in den europäischen Kampf gegen Hitler und den Totalitarismus, gegen die Zerstörer des Abendlandes, einreihen.

Es war die Grunderfahrung des deutschen Widerstandes, dass Staat und Nation nicht länger absolut gesetzt werden sollten, dass überstaatliche Werte und eine menschenwürdige Form des politischen Prozesses ebenso wichtige Bezugspunkte für die Loyalität des Staatsbürgers sind, dass es um ein waches Verfassungsverständnis im freiheitlich rechtsstaatlichen Sinne und um einen unverbrüderlichen antitotalitären Konsens der Demokraten gehen muss.

Wir danken dem europäischen wie dem deutschen Widerstand auch heute nach 50 Jahren am besten, wenn wir den Geist der wehrhaften Demokratie bewahren und gegen jede Form des politischen Extremismus schützen, indem wir den Wert der Menschenrechte und der europäischen Einigung über alle alten und neuen Versuchungen des Nationalismus stellen.